



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Laß nicht vom Linken dich umgarnen!

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Laß nicht vom Linken dich umgarnen!



Es jüngst die ersten Nachrichten über die Arbeiterunruhen in Berlin der Welt durch den Telegraphen übermittelt wurden, entstand an der Hamburger Börse das Gerücht, daß diese Unruhen eine Folge der Rede seien, die der Kaiser kurz zuvor auf dem brandenburgischen Provinziallandtage gehalten hatte, und dieses Gerücht wurde zunächst alles Ernstes geglaubt! Dieser Vorgang spricht Bände. So mangelhaft ist man in den Kreisen des Bürgertums über die Stimmungen und Gefinnungen der Arbeiter unterrichtet, daß man glauben konnte, die kaiserliche Rede hätte auch bei ihnen den ungünstigen Eindruck gemacht, den sie in weiten Kreisen des sogenannten „liberalen Bürgertums in Stadt und Land“ gemacht hatte.

Wie bodenlos unsinnig dieses Gerücht war, zeigte sich natürlich sofort. Nicht der Person des Kaisers, der unangefochten und umringt von einer jubelnden Menge durch die Straßen Berlins ritt, galt die aufrührerische Bewegung, nicht zu Gunsten irgend welcher konstitutionellen Theorien fanden die Demonstrationen statt; nein, was jene Massen bewegte, was sie verlangten, das war etwas viel praktischeres, viel greifbareres, viel realeres. Nicht verfassungsmäßige Garantien, Ministerverantwortlichkeit und Parlamentsherrschaft, sondern Brot und Arbeit forderten sie; nicht gegen die vermeintlichen absolutistischen Neigungen eines von dem innigsten Mitgefühl für die Bedürftigen beseelten Monarchen, sondern gegen ganz andre Mächte, gegen die Macht des Reichtums und des Besitzes, richtete sich der revolutionäre Groll der Massen.

Die Zeiten, wo die große Masse des Volks eine rege Teilnahme für das zeigte, was Herr von Bennigsen jüngst auf der Gedenkfeier der

nationalliberalen Partei die idealen Bestrebungen des Liberalismus nannte, die Zeiten, wo Fragen des Verfassungsrechts das ganze Volk bis in seine tiefsten Tiefen aufregten, sind unwiederbringlich dahin. Sie sind dahin, nicht weil diese Fragen gleichgiltig und bedeutungslos wären, sondern weil der Kampf um die Verfassung, um die Stellung des Monarchen gegenüber der Volksvertretung, um die Rechte des Volks im wesentlichen entschieden ist, entschieden in einer alle Beteiligten im allgemeinen befriedigenden Weise, und weil es niemand einfällt und einfallen kann, an unsrer Verfassung zu rütteln.

Aber der Liberalismus vermag sich noch immer nicht von der alten liebgewordenen Gewohnheit zu trennen; unbekümmert um den Gang der Geschichte, um den ungeheuern Wandel, der im Laufe des Jahrhunderts in unsern Anschauungen eingetreten ist, fährt er fort, Rechte zu verteidigen, die niemand ansieht, und sich gegen reaktionäre Bestrebungen zu wenden, die, außer in seiner Einbildung, nirgends bestehen. Anstatt an den gewaltigen und idealen Aufgaben der Gegenwart, der Versöhnung der Klassengegensätze, an der Wiederbelebung des religiösen Sinnes, der sittlichen und körperlichen Hebung des gesamten Volks, der praktischen Durchführung der allgemeinen Freiheit, die er in der Theorie gewährt hat, und die in Wirklichkeit bisher nur einer kleinen Klasse zu gute gekommen ist, opferfreudig und einsichtsvoll mitzuwirken, setzt er mit unheimlicher Beharrlichkeit die alte politische Klopffechtereit fort und vergeudet die tüchtige Kraft unsers Bürgertums in einem Kampfe gegen Windmühlen. So führt er in der lebendigen Welt das wunderliche Leben eines Sonderlings, der, in den Anschauungen vergangener Zeiten befangen, nichts von dem versteht, was um ihn herum vorgeht. Weil er selbst sich in einer verkehrten Gedankenrichtung bewegt, scheint ihm alles verkehrt, rechter Hand, linker Hand alles vertauscht zu sein.

Alles, was gerade die Gegenwart kennzeichnet, begegnet bei unserm heutigen Liberalismus der absolutesten Verständnislosigkeit.

Spricht unser Kaiser von dem Ernste seines Herrscherberufs und von seinen großen Aufgaben gegenüber den schweren Gefahren der Zeit, so wird diese Rede so lange gedreht und gedeutelt, bis man das in ihr findet, was man überall mit dem Mißtrauen des Verfolgungswahns sucht: eine reaktionäre, absolutistische Bestrebung. Daß wir — Gott Lob! — und zwar auch nach dem Willen des Liberalismus, eine lebendige Monarchie haben, daß es ihre vornehmste Aufgabe ist, über den Parteien und ihren mannichfaltigen Interessen stehend die Versöhnung der sozialen Gegensätze anzubahnen, und daß nichts andres als dies, als das Bewußtsein, mehr zu sein als bloß eine zwischen den Parteien hin- und hergeschleifte Puppe, in den Reden des Kaisers zu drastischem, vielleicht nicht immer glücklichem Ausdrucke kommt, dafür ist man blind, weil man die Gegenwart nicht kennt und daher auch kein Verständnis haben kann für die neuen, sozialen Aufgaben der Krone. So gelangt man denn dazu,

dem Kaiser Absichten unterzuschieben, die er mehr als einmal weit von sich gewiesen hat, und im Ernste zu glauben, daß er Neigung zu einer Abänderung der Verfassung habe, während er wiederholt ausdrücklich betont hat, daß er in ihr eine durchaus richtige Machtverteilung zwischen den verschiedenen Gewalten sehe.

Und ebensowenig wie mit dem Kaiser, vermag man sich mit den neuen Parteibestrebungen gerecht abzufinden, die die neue Zeit geboren hat, mit der sozialdemokratischen und der deutsch-sozialen Bewegung. Woher sie kommen, das vermag sich der Liberalismus schlechterdings nicht zu erklären, sie sind ihm unfaßbare Verirrungen des menschlichen Geistes ohne die Spur irgend einer innern Berechtigung. Daß sie Kinder unsrer Sünden sind, daß sie erwachsen sind auf dem Nährboden des schrankenlosen Individualismus, daß sie nichts anderes sind als die äußern Angriffe einer schweren innern Krankheit unsers Volks, und daß sie trotz ihrer extremen Stellung tausendmal mehr Verständnis für die großen Aufgaben der Gegenwart haben als die ganze „große liberale Partei“ von Herrn von Bennigsen bis zu Herrn Richter, das zu erkennen ist das „gebildete“ Bürgertum heute noch eben so weit entfernt wie je.

Allerdings schien es zeitweilig, als wenn dem gemäßigten Liberalismus unter der einsichtigen Führung eines weitblickenden, jede Fraktionsnechtschaft verachtenden Staatsmannes, des Herrn Miquel, allmählich die Einsicht aufdämmern wollte, daß es in den alten, achsentief ausgefahrenen Geleisen doch nicht mehr recht weitergehen wolle. Das Heidelberger Programm (1884), mit dessen Aufstellung eine scharfe Scheidung von den linksliberalen Parteien vollzogen wurde, verließ der nationalliberalen Partei, die sich mit ihm auf den Boden einer positiven Sozialpolitik gestellt hatte, einen neuen Aufschwung; gegenüber Herrn von Bennigsen, der noch am 12. Juni 1882 in Hannover die von ihm so oft gehißte Flagge der „großen liberalen Partei“ mit den Worten: „Die Liberalen aller Schattirungen sollen es dahin bringen, daß ihnen die Mehrheit in den Parlamenten zufällt,“ zum so und so vielten male gehißt hatte, trat Herr Miquel, in das parlamentarische Leben zurückgekehrt, als treibende Kraft wieder in den Vordergrund. Es schien, als wenn an Stelle des blöden Reaktionsgeschreis, das noch 1881 in dem Wahlaufruf der Partei laut ertönt war, und an Stelle eines Kampfes gegen eingebildete Gefahren, der die Partei bis an den Rand des Abgrunds gebracht hatte, eine lebendige Beschäftigung mit den sozialen Aufgaben der Gegenwart, an Stelle des rückwärts in die Vergangenheit gerichteten Blickes ein hoffnungsreiches Arbeiten für die Zukunft treten sollte. Man schien das Streben nach Mehrheitsherrschaft, das Verlangen nach dem rein liberalen Ministerium und nach „konstitutionellen Garantien“ vergessen zu haben und schien sich an die bescheidne, aber darum nur um so wirksamere und segensreichere positive

Mitarbeit an der Gesetzgebung, namentlich der sozialpolitischen, gewöhnen zu wollen.

So gewann es den Anschein, als ob die nationalliberale Partei, wie sie sich seinerzeit von der Fortschrittspartei getrennt und unter Verzichtleistung auf manche Theorien fruchtbar an der politischen Ausgestaltung unsers Staatslebens mitgewirkt hatte, auch die neuen, die sozialen Aufgaben verständnisvoll erfassen und sich endgiltig losmachen wollte von dem unfruchtbaren Kampfe um die parlamentarische Herrschaft. Eine sozialpolitische Mittelpartei schien in der Bildung begriffen, die berufen war, ausgleichend und vermittelnd zwischen den Extremen von rechts und links zu wirken. So schien es in der That, bis — Herr Miquel in das Ministerium eintrat und damit die Zügel aus den Händen geben mußte, und Herr von Bennigsen eines schönen Tages die Entdeckung machte, daß die liberalen Gedanken nicht die Geltung in Deutschland besäßen, die ihnen zukomme.

Auch noch eine andre, kaum weniger interessante und für die Richtung, in der sich die Anschauungen des Herrn von Bennigsen bewegen, höchst bezeichnende Entdeckung machte derselbe Herr bei dieser Gelegenheit. Während die ganze Entwicklung der nationalliberalen Partei von dem Abfalle der Sezessionisten und von dem Heidelberger Programm an bis auf den heutigen Tag den Beleg für die Wahrheit des Satzes bildete, daß die Partei in demselben Maße wieder an Ansehen und Einfluß bei Regierung und Volk gewann, wie sie sich von dem unverfälschten, reinen Liberalismus der linksliberalen Parteien entfernte, fand Herr von Bennigsen, der doch diese Entwicklung, wenn er in ihr auch nicht die treibende Kraft gewesen sein mochte, mitgemacht hatte, plötzlich heraus, daß die Zwietracht innerhalb des Liberalismus, die „Zuspitzung der innerhalb des liberalen Bürgertums vorhandenen Gegensätze“ den Niedergang des Einflusses des Liberalismus verschuldet hätte.

Es ist nicht anders: mit seinem Appell „an das liberale Bürgertum in Stadt und Land,“ den er zunächst im Reichstage bei Gelegenheit der Beratung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags gewissermaßen vom Zaune brach, und den er jetzt bei dem Jubiläum der Partei wiederholt hat, ist Herr von Bennigsen wieder zu seiner ersten Liebe zurückgekehrt; er hat den Boden des Heidelberger Programms verlassen, um gemeinsam mit den andern liberalen Parteien „die liberalen Einrichtungen, welche im wesentlichen auf der Kulturentwicklung Europas (oder, wie es in der ersten Rede hieß: Westeuropas) beruhen,“ gegen „reaktionäre“ Gelüste zu verteidigen. Herr von Bennigsen hielt den Augenblick für geeignet, den Kampf für die Parlamentsherrschaft von neuem zu entfachen, die positive Mitarbeit an den gewaltigen Aufgaben der Gegenwart hinter die veralteten politischen Machtkämpfe, die man in stillschweigender Übereinkunft auf allen Seiten glücklich eingestellt hatte, wieder zurücktreten zu lassen. Und wie der „Staatsmann“ der Partei sang, so

zwitterte es von allen Bäumen des liberalen Preßwaldes. Das ganze Rüstzeug abgedroschener Phrasen, das uns schließlich nur noch in den Blättern eines unbelehrbaren, dem Volke entfremdeten liberalen Radikalismus, über den die Sozialdemokratie längst siegreich hinweggeschritten war, mehr ergötzt als geärgert hatte, wurde von den Männern des gemäßigten Liberalismus aus der Kumpellkammer wieder hervorgeholt, die abgegriffensten Schlagwörter wurden wieder als gangbare Münze in Kurs gesetzt; der alte Kampf für „Vollfreiheit, Bildung, Aufklärung, Gewissensfreiheit,“ für unsre „ganze Kultur“ gegen Despotismus und Reaktion, Pfaffen und Mucker begann aufs neue; ja Blätter von dem Ansehen der Kölnischen Zeitung fanden Anlaß, ihre Gedanken über die Notwendigkeit der Monarchie einer Nachprüfung zu unterziehen und sich die Frage vorzulegen, ob die Republik nicht doch den Vorzug verdiene. Und warum das alles?

War die Freiheit des Bürgers bei uns weniger gesichert, als in den „andern Kulturstaaten Westeuropas,“ war irgend eine der Einrichtungen in Gefahr, auf denen unser moderner verfassungsmäßiger Staat beruht? Oder war endlich etwa die soziale Gefahr, die eben noch so dringend war, daß der Nationalliberalismus ohne Sozialistengesetz kaum auskommen zu können meinte, plötzlich beseitigt, sodaß man ohne Schaden für das Volkwohl wieder zu dem alten Sport der Verfassungskämpfe, zu dem aufregenden Spiele parlamentarischer Ränke und Schikanen zurückkehren konnte?

O nein! von alledem war nichts der Fall. Wer allein ein wenig an der Verfassung hin- und herzuzerren unternahm, das war der gemäßigte, von der Großindustrie erheblich beeinflusste Liberalismus, der nicht müde wurde, auf die Gefahren des allgemeinen Wahlrechts als auf die vermeintliche Wurzel alles Übels hinzuweisen, und der es sich so schön dachte, wenn man den bösen Störenfried, die Sozialdemokratie, aus dem Reichstage loswerden könnte, die immer wieder die Blicke abzog von den doktrinären Lieblingsbeschäftigungen des Liberalismus, und die uns zeigte, daß wir andres und wichtigeres zu thun haben, als „Kulturkämpfe“ auszusechten. Aber sonst hatte in Wahrheit niemand Neigung, Verfassungsfragen aufzuwerfen. Und doch war das Vaterland in Gefahr, doch waren die heiligsten Rechte des Volks im Begriffe, von frevelnder Hand verletzt zu werden!

Die Regierung hatte sich erküht — wahrhaftig! es war an sich fast schon ein Staatsstreich —, dem preußischen Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Volksschulgesetzes vorzulegen, der noch ein wenig weiter als der frühere, mit großer Ruhe vom gemäßigten Liberalismus entgegengenommene Goßler'sche den Wünschen des Zentrums entgegenkam, einem ausgesprochenen Konfessionalismus huldigte, die Kinder der Dissidenten zur Teilnahme am konfessionellen Religionsunterrichte zwang und in folgerichtiger Anwendung seiner Grundanschauung den Organen der Kirchen einen gewissen Einfluß

auf den Religionsunterricht und auf den Bildungsgang der Volksschullehrer sicherte.

Dieses Gesetz, das — man mag sonst darüber denken, wie man will — doch jedenfalls nicht grundsätzlich abwich von der bisher in der preussischen Unterrichtsverwaltung eingehaltene Richtung, und einige mißdeutete kaiserliche Reden waren die einzigen tatsächlichen Unterlagen für die Behauptung des Liberalismus, daß unsere „liberalen Einrichtungen im reaktionären Sinne angetastet werden“ sollten.

Wir zweifeln nicht daran, daß der Nationalliberalismus die Wiederbelebung des Kampfes für „ideale Bestrebungen“ für eine lebensvolle Aufgabe hält, und es scheint uns nicht unmöglich, daß es ihm vorübergehend gelingen wird, das Bürgertum noch einmal um die Fahne des Liberalismus zur Verteidigung aller der Freiheiten zu scharen, die dem Deutschen lieb geworden sind. Aber wir glauben, daß dem kurzen Rausche, bei dem natürlich die weiter links stehenden Elemente der „großen liberalen Partei“ den Ton angeben würden, ein langer Katzenjammer folgen würde, wie er dem Rausche des „ersten Kulturkampfes“ gefolgt ist. Im Interesse des Liberalismus würden wir dies keineswegs beklagen; er würde damit nur die gerechte Strafe für seine Extravaganzen erhalten und es büßen, daß er diese schwere und doch so große Zeit, eine Zeit voll neuer Ideale und neuer, erstrebenswerter Ziele, nicht verstanden, daß er seinen Blick ausschließlich in die Vergangenheit richtet, und daß er Spuk und Altweibermärchen für Wirklichkeiten gehalten hat.

Was wir aber aufs tiefste beklagen, ist das: daß sich der Liberalismus anschickt, unsrer ganzen innern Entwicklung eine verkehrte Richtung zu geben, die tüchtige Kraft unsers gesunden „Bürgertums in Stadt und Land“ in einen unfruchtbaren politischen Machtkampf zu verwickeln, das Verständnis für die sozialen Aufgaben der Gegenwart, das ohnehin in dem in allen seinen Wünschen befriedigten Bürgertum erst ganz allmählich zu erwachen begann, wieder völlig zu ertöten. Wer den Ernst und die wahre Ursache der sozialen Gefahr erkannt hat, und wer die Bedeutung zu würdigen weiß, die eine verständnisvolle, mäßige und ausgleichende Beteiligung des Bürgertums an den sozialpolitischen Bestrebungen der Gegenwart haben würde, der wird darüber nicht zweifelhaft sein können, daß in letzter Linie niemand anders mit einer Aufrollung der alten politischen Zänkereien gedient werden würde, als der revolutionären Sozialdemokratie.

Herr von Bennigsen hat sich gewiß in der Vergangenheit um unser Vaterland die größten Verdienste erworben, und alle nationalen Männer schulden ihm den Dank. Aber das alles kann und soll uns nicht hindern, es offen auszusprechen, daß er sich mit seinem neuesten Aufruf des ganzen Liberalismus gegen die hereinbrechende Reaktion auf einen Wege begeben hat, der uns alle ins Verderben führen kann. Noch einmal an seinem Lebensabende

hat er sich „vom Linken umgarnen“ lassen; größer als diesmal ist noch nie die Gefahr gewesen, daß er sich auf einem Ritte befindet, der nicht mit dem Siege, sondern mit der Vernichtung aller großen Errungenschaften religiöser, politischer und wirtschaftlicher Art endet, die die Kultur Westeuropas ausmachen.

Nachschrift. Der vorstehende Aufsatz war bereits dem Druck übergeben, als die Welt durch die Nachricht von der an entscheidender Stelle eingetretenen Wendung in Sachen des Volksschulgesetzes und von der Demission des preussischen Kultusministers überrascht wurde. Das Gesetz dürfte damit, wenigstens, wie wir vorsichtigerweise sagen wollen, menschlicher Berechnung nach, als zur Zeit aufgegeben zu betrachten sein. Über die Ursachen und Folgen, die Art und Plötzlichkeit des Umschwunges enthalten wir uns in diesem Augenblicke jeglicher Äußerung. Nur eins wollen wir an dieser Stelle betonen: besondere Ursache, das Scheitern des Gesetzes zu beklagen, haben wir nicht! Wenn auch seine Vorteile gegenüber dem bestehenden Zustande noch so bedeutend gewesen wären, so wären sie doch niemals so groß gewesen, daß sie den Schaden aufgewogen hätten, der darin lag, daß es der Liberalismus zu einem Vorwande benutzte, seinen ersterbenden Einfluß auf das „Bürgertum in Stadt und Land“ neu zu beleben. Diese Möglichkeit ist dem Liberalismus nun genommen, das Strohfeuer, das er sich an diesem Gesetzentwurfe entzündet hat, wird nun um so schneller verlöschen, und trauernd werden die, die jetzt frohlocken, am Grabe des gescheiterten Volksschulgesetzes sitzen, das auch ihre Hoffnungen mit zu Grabe genommen hat. Wenn das erste Erstaunen vorüber sein wird, dann werden die, denen es jetzt, wie zur Zeit des seligen Kulturkampfes, „eine Lust zu leben“ war, mit Schrecken erkennen, daß sie Zweck und Ziel ihres Daseins verloren haben. Wir aber werden uns des guten alten Sprichworts erinnern: Wer zuletzt lacht, lacht am besten!



## Das Sittlichkeitsgesetz



er soeben dem Reichstage zugegangne „Entwurf eines Gesetzes über Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Gesetzes vom 5. April 1888, betreffend die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen“ hat, von wem weiß man nicht, den überall angenommenen Namen des „Sittlichkeitsgesetzes“ erhalten. Er wäre damit gerichtet, wenn er nur Anforderungen der Sitte oder der Sittlichkeit durch das Gesetz erzwingen wollte. Glücklicherweise ist das nicht durchweg,